

Potsdam, 1.7. 2008

Zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage „Kinderarmut in Brandenburg“ und zur gleichlautenden Konferenz der Linksfraktion im Brandenburger Landtag gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und dem „kommunalpolitischen forum Land Brandenburg e.V.“ am 5.7. 2008, **erklären die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser und die gesundheitspolitische Sprecherin Birgit Wöllert:**

Kindern muss schnellstens geholfen werden

DIE LINKE fordert in der Bildungs- und Sozialpolitik durchgreifende und nachhaltig wirkende Korrekturen zur Prävention und Überwindung von Kinderarmut. Sie hält eine Kindergrundsicherung und die Beseitigung sozialer Schranken beim Zugang zu Bildung und Gesundheit für dringend notwendig. Dazu gehören aus unserer Sicht vor allem:

- die tatsächliche Kostenfreiheit von Lernmitteln,
- die elternbeitragsfreie Schülerbeförderung
- ein kostenfreies Mittagessen in Kitas und Grundschulen,
- die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere im Hinblick auf seinen sozial-kompensatorischen Auftrag

Von der Landesregierung erwarten wir auf Bundesebene ein deutlich stärkeres Engagement , z .B. im Hinblick auf die Regelleistung für Kinder nach dem SGB XII und dem SGB II der Grundlage einer speziellen Erfassung des Kinderbedarfs. Die Landesregierung verweist regelmäßig auf einen einstimmigen Beschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz vom November 2007. Dieser ist bis heute ohne konkretes Ergebnis geblieben.

Hartz IV geht vor allem zu Lasten der Jüngsten: In Brandenburg ist bereits jedes vierte Kind von Armut betroffen.

Die Fraktion DIE LINKE hat eine Große Anfrage mit besonderem Blick auf Bildung und Gesundheit gestellt, denn nirgendwo hängen die Bildungs- und Gesundheitschancen so stark von der sozialen Lage ab wie in Deutschland. Diese

DIE LINKE Fraktion
im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam
Pressesprecherin:
Alexa Lamberz
Telefon: 03 31 / 9 66 15 37
Telefax: 03 31 / 9 66 15 40
E-Mail: pressestelle@
dielinke-fraktion.brandenburg.de

gesicherte Erkenntnis ist bisher jedoch weitgehend folgenlos geblieben.

Die Landesregierung unternimmt nichts, um mehr Verteilungsgerechtigkeit herzustellen - stattdessen wiegelt sie ab, verdrängt Probleme oder redet sie schön. Ihre wenigen Maßnahmen haben eher Alibifunktion und sind Trostpflasterchen, ändern aber nichts an den grundlegenden Problemen.